Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 43 (1951)

Heft: 7

Artikel: Stahlland Luxemburg : seine Industrie und seine Gewerkschaftsbewegung

Autor: Fischer, Alfred Joachim

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353501

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stahlland Luxemburg — Seine Industrie und seine Gewerkschaftsbewegung

Die Verwirklichung von Benelux, die wirtschaftliche Vereinheitlichung von Belgien, Holland und Luxemburg, wird mit an erster Stelle durch das ganz verschiedene Lohnniveau in den drei Ländern hinausgezögert. Belgische Löhne, die die holländischen übertreffen, liegen 10 bis 20 Prozent unter den luxemburgischen. Luxemburg — das gilt für Industrielle und Arbeiter — ist aber keinesfalls bereit, nach unten hin zu nivellieren. Man blickt dort auf die vorbildlichen Reallöhne mit so etwas wie Nationalstolz.

Hohe Reallöhne

Der englische Arbeiter verdient dasselbe wie der luxemburgische, kann sich aber durch höhere Lebenskosten weit weniger leisten. In Frankreich liegen die Löhne 15 bis 30 Prozent unter den luxemburgischen. Praktisch sind sie auch dort noch weit niedriger, da die Preise über den Umrechnungskurs hinaus emporkletterten. Nur die Schweiz zahlt ihren Arbeitern 10 bis 20 Prozent mehr. In Luxemburg weist man jedoch darauf hin, dass durch höhere schweizerische Ausgaben die tatsächliche Relation ungünstiger aussieht.

Zu diesen nach europäischen Maßstäben hervorragenden Einnahmen des Arbeiters kommen soziale Verhältnisse, die in Europa ihresgleichen suchen und von denen hier später noch die Rede sein wird.

Dabei mangelt es Luxemburg mit seinen nur 300 000 Einwohnern an eigenem Kapital und ausreichenden Rohstoffen. Auch ist es als Monopolindustrieland Konjunkturschwankungen besonders ausgesetzt. In der folgenden Betrachtung soll versucht werden, die besonderen wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse des kleinen Landes zu analysieren.

Stahlmacht Luxemburg

Unter den Stahl produzierenden Staaten steht Luxemburg an siebenter Stelle. Auf den Kopf der Bevölkerung aber kommt die höchste Tonnage in der Welt (dreimal höher als Amerika, fünfmal höher als Deutschland und achtmal höher als der Zollunionspartner Belgien). Unbestritten ist Luxemburg demnach eine Stahlmacht, deren weltwirtschaftliche Bedeutung während dieser neuen Aufrüstungsperiode die militärische Schwäche ausgleicht und politisches Gewicht hat.

Im Inneren gibt es keinen einflussreicheren Faktor als die Eisen- und Stahlproduktion, die die Struktur der ganzen Bevölkerung veränderte. Die wichtigsten Bezirke werden direkt oder indirekt vollkommen von ihr erhalten. Auch die Haupteinnahmen des Staates — 20 bis 22 Prozent des Nationaleinkommens sind Steuergelder — stam-

men aus Konzessionen an die einzelnen Industriekonzerne. Solche Konzessionen werden für die Eisenerzvorkommen ausgegeben. Der Staat betrachtet sich als Besitzer, überträgt aber bis auf geringfügige Ausnahmen die Nutzniessung gegen Pacht an andere. Zur Selbstauswertung würde es an Kapital und an den ideologischen Voraussetzungen fehlen. Ein Beispiel soll die Einnahmen aus den Konzessionen illustrieren: sie sind über 200mal höher als die aus den recht rentablen Eisenbahnen, deren Aktien sich zu 51 Prozent in staatlichem Besitz befinden. Der Rest verteilt sich auf französische und belgische Aktionäre.

Industriebevölkerung verfünffacht

Bemerkenswert ist es, dass Luxemburg keine allzu langen Traditionen als ein Zentrum der Schwerindustrie hat. In den siebziger Jahren wurden nur 150 Tonnen Roheisen (Thomasstahl) gefördert gegenüber dem 3-Millionen-Durchschnitt der letzten Jahre. Erst die Wiederentdeckung der Minette — eisenhaltige Körner mit einem Phosphorgehalt von zirka 1 Prozent — und das Verfahren des grossen englischen Chemikers Sidney Gilchrist Thomas, der bis heute als nationaler Wohltäter verehrt wird, brachten einen ungeahnten Aufschwung. Er revolutionierte auch das gesamte soziologische Bild und brachte die Voraussetzung zur modernen Arbeiterbewegung in einem früher überwiegend bäuerlichen Land.

Zwischen 1871 und 1930 hat sich die Industriebevölkerung genau verfünffacht. Aus Dörfern entwickelten sich Industriestädte, und der ganze Bezirk Esch verlor seinen bäuerlichen Charakter. Auch die Bevölkerungsdichte verteilte sich ganz verschiedenartig. (Luxemburg-Land 1871 pro km² 76,4, 1939 115,6, Kanton Esch 1871 83,5, 1939 405,6, Kanton Mersch 1871 64,3, 1939 56,7.) Mersch ist ein ausgesprochen agrarischer Bezirk. Mit Recht kann man annehmen, dass selbst diese Ziffern die Abwanderung in die Industrie nicht vollkommen wiedergibt. Bei der Kleinheit des Landes bleiben zahllose Arbeiter in ihren Dörfern, wohnen und betreiben nebenbei noch eine bescheidene Landwirtschaft, die den Lebensstandard der Familie natürlich aufbessert. Vereinzelt existieren auch nebenberufliche Handwerker.

Industrie ermöglicht landwirtschaftlichen Aufschwung

Wahrscheinlich hätte sich diese Umgruppierung kritischer bemerkbar gemacht, wäre nicht durch das Thomasverfahren auch gleichzeitig die Thomasschlacke entdeckt worden, ein industrielles Abfallprodukt von hohem Düngerwert. Dadurch wurde eine intensivere Auswertung des früher recht kargen Bodens bei geringerem Aufwand an menschlicher Kraft möglich. Die Landwirtschaft hat durch Luxemburgs industriellen Fortschritt nicht gelitten, sondern von ihm profitiert. Heute deckt sie 80 bis 90 Prozent des Eigen-

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

bedarfs an Rohgetreide und etwa 100 Prozent des Fleisch- und Milchbedarfs. Daneben wurde die früher recht minderwertige Weinproduktion ständig verbessert, ohne die Qualität der deutschen Moselweine bereits ganz erreicht zu haben. Ich besuchte einige der modernen genossenschaftlichen Kellereien, wo man mir mit Stolz erklärte, dass die Gesamtkapazität des Landes in guten Jahren rund 130 000 Hektoliter betrage.

Festzuhalten bleibt also, dass selbst die Landwirtschaft in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zur Industrie steht. Staatliche Intervention verhindert aber jede Möglichkeit einer Ausbeutung. So muss jeder Konzessionär eine bestimmte Menge Thomasschlacke liefern: teils zu Vorzugs- und teils zu offiziellen Marktpreisen. Eben diese Kombination erlaubt es der luxemburgischen Landwirtschaft, das begehrte eisenhaltige Düngemittel zu nur 55 bis 60 Prozent des normalen Marktpreises zu kaufen.

Internationale Verflechtungen der Stahlindustrie

Da Luxemburg über unzureichende Rohstoffe verfügt, war von vorneherein eine Verflechtung mit ausländischen Unternehmungen unumgänglich. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gehörte das Grossherzogtum dem deutschen Zollverein an. Damit war es Teil des massivsten Industriezentrums der Welt, das sich aus den deutschen Industriegebieten, der Saar, Lothringen und Luxemburg zusammensetzte und beinahe dem späteren Schumanplan entsprach. Deutsche Kapitalinteressen regierten in der luxemburgischen Industrie.

Nach einem Vakuum und Zollunionstendenzen mit Frankreich — Paris sagte nein — kam es 1921 zur belgisch-luxemburgischen Zoll- und Währungsunion. Luxemburg, der kleinere Partner, kann eine etwaige Abwertung des belgischen Frankens mitmachen oder auch nicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es keine Dollarkrise, sondern profitierte vom günstigen Devisenstand der Brüsseler Nationalbank.

Seit Ausschaltung der deutschen Kapitalinteressen dominieren in der Eisen- und Stahlindustrie Luxemburgs belgische, aber auch die französischen sind nicht schwach. Bemerkenswert ist das Auftreten eigener luxemburgischer Kapitalsbildungen. In den grossen Konzernen sind nunmehr solche Anteile vorhanden, in einem sogar zu 10 Prozent.

Auf der andern Seite besitzen die führenden luxemburgischen Firmen, wie Arbed und Hadir, Fabriken und Rohstoffvorkommen sowie Erz- und Kohlenbasen in den benachbarten Ländern — Frankreich (Lothringen), Saar, Deutschland und Belgien —, die Wert und Umfang der Betriebe und Vorkommen in Luxemburg um ein vielfaches übetreffen. Ihre Interessen erstrecken sich sogar bis nach Brasilien. Für Luxemburg bringen sie den Vorteil, dass es dort

keine eigentliche Brennstofffrage — Kohlen und Koks — gibt. Selbst fremde Erze werden in immer grösserem Umfang verarbeitet: 1925 waren es 37 Prozent, heute sind es 70 Prozent. Offenbar besteht also die Absicht, die luxemburgischen Minettevorkommen, die normalerweise schon fast erschöpft wären, solange wie möglich zu strecken.

Bis zum Ersten Weltkrieg überwogen ausländische Industriearbeiter

Jüngeren Datums als die luxemburgische Schwerindustrie ist die bodenständige luxemburgische Industriearbeiterschaft. Mit fremdem, das heisst ursprünglich deutschem Kapital wurde nämlich auch der Arbeiter aus Deutschland importiert. Mit Einführung des Thomasverfahrens ergab sich sogar eine Zwangslage. Luxemburgische Fachkräfte existierten überhaupt nicht und mussten erst mühsam aus Bauernkreisen rekrutiert werden.

Noch 1913 waren jedoch nur 40 Prozent aller Arbeiter in der Gruben- und Eisenindustrie Luxemburger. Diese Ziffer hatte sich als Kriegsfolge 1919 auf 71 Prozent erhöht. (Heimkehr luxemburgischer Arbeiter aus dem Auslande und Rückwanderung der in Luxemburg tätig gewesenen Fremdarbeiter.) Die Regierung tendierte immer zu einer sehr eingeschränkten Beschäftigung von Ausländern (höchstens 10 Prozent), stiess aber auf Opposition der Industrieunternehmungen, da die inländische Rekrutierung unzureichend sei. 1939 lag das Verhältnis 80,9 : 19,01 zugunsten der Luxemburger. 1946 war der ausländische Anteil weiterhin gesunken und befand sich nunmehr auf 15,8. Das entsprach etwa dem Rückgang der deutschen Quote von 5,3 auf 0,4 durch Ausweisungen. Gleichzeitig hatte sich die italienische Position etwas verbessert.

Bei der günstigen luxemburgischen Ziffer muss in Betracht gezogen werden, dass während der letzten Generationen viele Ausländer, vor allem wohl Italiener, assimilierten und heute loyale Staatsbürger sind, die auch die Landessprache sprechen.

Deutsche Landarbeiter gesucht

In Luxemburg ist die offizielle Arbeitslosenziffer 14, während auf vielen Gebieten Arbeitermangel herrscht. Aus schon analysierten Gründen gehört dazu an erster Stelle die Landwirtschaft. 2000 bis 3000 Knechte und Mägde werden dringend gebraucht. Während nun die deutschen Industriearbeiter das Land verlassen mussten, bevorzugt man heute wiederum Deutsche für solche Stellungen bei Bauern. Sprachliche Verständigung ist ja immer dort besonders wichtig, wo jemand in eine Hausgemeinschaft aufgenommen wird.

Das Letzeburgerische aber bleibt ein deutscher Dialekt, und die zweite Staatssprache (Französisch) hat mehr Bedeutung im offiziellen Gebrauch als für den täglichen Umgang.

Nach Ansicht luxemburgischer Gewerkschafter stand die starke Ueberfremdung mit der dazugehörigen Wurzellosigkeit lange Zeit einer effektiven Arbeiterbewegung im Wege. Vor achtzig Jahren schlossen sich als erste die überall bahnbrechenden Typographen organisatorisch zusammen. Dann folgten Handschuhmacher und Lederarbeiter. Letztere sind bis zum heutigen Tag bedeutungsvoll, da Luxemburg die Hälfte der belgisch-luxemburgischen Lederproduktion herstellt. Anfänglich waren die Berufsverbände eher Zünfte als Massenbewegungen. Selbst die erste Gewerkschaft im moderneren Sinne kam nicht aus der Stahl- und Eisenarbeiterschaft, sondern aus den Reihen der weit weniger bedeutungsvollen Schreiner und Brauer.

Faktisch war die erste Stahlgewerkschaft (1903/04) eine Sektion des deutschen Metallarbeiterverbandes. Man konnte aber von keiner Organisation auf breiter Grundlage sprechen. Bis 1916 waren die meisten Arbeiter indifferent. Erst dann begründete der spätere Minister *Pierre Krier* den Luxemburgischen Metallarbeiterverband, dem andere freie Gewerkschaften in engster Zusammenarbeit folgten. 1917 kam es bereits zum sehr berechtigten Lohnstreik, der aber auf deutsche Intervention hin eingestellt werden musste. Erfolglos verlief auch die «Märzbewegung» im Jahre 1921. Eine Krise und der Verkauf der deutschen Werke schafften Arbeitslosigkeit. Um diese Entwicklung aufzuhalten, wurden die Werke von den Arbeitern besetzt. Wiederum mussten sie ausländischer Intervention weichen. 1921 verlorene soziale und wirtschaftliche Errungenschaften konnten erst vier Jahre später zurückerobert werden.

Nicht unoriginell ist es, dass ein sozialdemokratischer Abgeordneter lange vor Begründung der Partei im Parlament sass. *Dr. Michael Welter*, als Unabhängiger gewählt, bekannte sich bereits 1897 zum Sozialismus. Fünf Jahre später wurde die Partei ins Leben gerufen — eine kleine, aber organisatorisch sehr straffe ideologische Gemeinschaft mit revolutionären Sturm- und Drangjahren. Die Geburtsstadt war Esch, wo bis heute das gut redigierte Zentralorgan «Escher Tageblatt» unter Chefredaktion des Abgeordneten und Bürgermeisters *Michel Rasquin* erscheint. Wenn auch die freie Gewerkschaft nicht an die Partei affiliiert ist, so bemerkt man doch an allen Spitzen weitgehendste Personalunion.

Bevor wir uns mit der gegenwärtigen Situation der Arbeiterbewegung sowie mit der Position des Arbeiters schlechthin beschäftigen, ist es vielleicht bemerkenswert, dass die relativ junge Bewegung Beweise vorbildlicher Solidarität und Schlagkraft erbrachte. Im August 1942 ereignete sich in Luxemburg der erste Generalstreik unter allen deutsch besetzten Ländern als Protest gegen die Militärdienstpflicht für Luxemburger, die als Deutsche behandelt und betrachtet wurden. Viele Arbeiter gehören zu nationalen Märtyrern. Selbst Terror ge-

lang es nicht, die Sabotagebewegung zu unterdrücken. Wie aus interalliierten Berichten einwandfrei hervorgeht, hat sie den deutschen Kriegsfortschritt in Luxemburg auf industriellem Gebiet beträchtlich geschädigt.

Rasche Nachkriegserholung aus eigener Kraft

Durch die Rundstedt-Offensive war es zu so verheerenden Zerstörungen gekommen, dass eine Beeinträchtigung des allgemein hohen Lebensstandards befürchtet wurde. Jedoch glückte eine rasche Ueberwindung der Krise. Wenn man heute die betroffenen Gebiete besucht, so ist ein fast hundertprozentiger Wiederaufbau feststellbar. Diese Leistung verdient hervorgehoben zu werden, da immerhin ein Drittel aller luxemburgischen Häuser vernichtet wurde. Praktisch gibt es keine Wohnungsnot mehr.

Steuerquellen — eine besondere Kriegsgewinnsteuer und höhere Kapitalsteuern — wurden herangezogen. Vor dem Kriege hatte Luxemburg weit geringere Staatsschulden als die meisten andern Länder. So konnte es sich eher leisten, innere und äussere Wiederaufbauanleihen aufzunehmen. Schliesslich war der kleine Staat *de facto* in das grossdeutsche Reich eingegliedert worden. Die damit verbundene Zivilverwaltung hatte einen besonders qualvollen Charakter und schreckte auch vor Massendeportationen nicht zurück. Auf der andern Seite wurden die Besetzungskosten ins Reichsbudget übernommen, während sie beispielsweise Belgien aus dem Nationaleinkommen bezahlen musste. Amtlichen Schätzungen nach ersparte diese günstige Regelung den Luxemburgern 2 Milliarden Franken, die natürlich auch dem Wiederaufbau zugute kamen.

Bald hatte sich Luxemburg so weit erholt, dass es von der Marshallhilfe nur äusserst sparsamen Gebrauch machen musste. Vier Millionen Franken und eine günstige, noch nicht ganz verbrauchte Anleihe zum Aufbau eines Elektrizitätswerkes repräsentieren die gesamte Hilfe aus ERP-Geldern.

Die Macht der katholischen Kirche

Wirtschaftlich war demnach ein Niveau erreicht, das, eben weil jeder Druck fehlte, ein freies Spiel der politischen und sozialen Kräfte gestattete. Betrachten wir das Parlament als Spiegelbild, dann ergibt sich folgende Komposition:

22 Christlichsoziale, 18 Sozialdemokraten, 9 Groupement (Liberale) und 4 Kommunisten. Starke und tief verwurzelte Einflüsse der Kirche erklären dieses katholische Uebergewicht. Sie erstrecken sich nicht nur auf ländliche Bezirke, sondern auch auf einen Teil der Industriearbeiterschaft, die ja bäuerlichen Ursprungs ist. In fast allen Arbeiterwohnungen, sogar bei überzeugten Sozialdemokraten, sah ich Kruzifixe und Heiligenbilder. Die Machtposition der Kirche hat auch einen materiellen Hintergrund. So ist das Kapital der toten

Hand sehr wesentlich. Beispielsweise sind die Hospitäler in Luxemburg-Stadt Eigentum religiöser Orden. Das Bistum besitzt und kontrolliert die grösste Zeitung des Landes («Luxemburger Wort»). Hirtenbriefe, vom Bischof gezeichnet, verurteilen alles Sozialistische und machen auch den Gewerkschaften gegenüber zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie keinen Unterschied. Schliesslich fällt bei Wahlen der christlichsoziale Einfluss des Ortspfarrers auf die weiblichen Gemeindemitglieder ins Gewicht. Immer noch gibt es, wenn auch sehr vereinzelt, Dörfer, wo aus gesellschaftlichen Gründen ein Abonnement der sozialdemokratischen Parteizeitung im geschlossenen Briefumschlag ratsam erscheint.

Dabei wäre es falsch, die heute mit liberaler und teilweise auch sozialdemokratischer Tolerierung allein regierenden Christlichsozialen als stockkonservativ zu bezeichnen. Das alleinige Band ist die Kirche. Sonst unterscheidet man zwischen einem Rechts-, einem Zentrums- und einem Linksflügel. Vom Ministerpräsidenten *Pierre Dupong* wird behauptet, er stünde auf dem Boden moderner Sozialpolitik. Dem Versuch eines eigenen christlichen Gewerkschaftsbundes war bisher kein grosser Erfolg beschieden. Schätzungsweise erfasst er gerade ein Zehntel der Arbeiter und Eisenbahner.

Kommunisten gegen nationale Verteidigung

In der eigentlichen Arbeiterbewegung widerstreben einander, wie überall, die sozialistischen und kommunistischen Kräfte. 1921, während der Märzerhebung, hatte der Kommunismus erste Gehversuche unternommen. Parlamentarisch blieb er jedoch bis zu den Nachkriegswahlen unsichtbar. Heute haben Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen mehr Stimmen als früher die ersteren allein, die aber durch diese Zersplitterung etwas — nach und nach wieder erobertes — Terrain verloren.

Von kommunistischer Seite wurde teilweise mit Tarnungsmanövern gearbeitet. Ein recht populäres, liberales Blatt, das sich ganz einfach «Zeitung» nannte, musste im Krieg eingestellt werden. Gleich danach brachte es die Kommunistische Partei unter demselben Namen heraus. Beibehaltung einer besonders beliebten Rubrik «Abreisskalender» machte die Täuschung noch frappanter.

Selbst auf dem gewerkschaftlichen Sektor traten die Kommunisten in Konkurrenzkampf und begründeten den «Freien Luxemburger Arbeiterverband» (FLA). Auch dieser Titel war sorgfältig gewählt und sollte damals sehr gefragte Neutralität vortäuschen. Missglückte wilde Streiks diskreditierten jedoch den neuen Verband, dessen wahrer ideologischer Hintergrund sich nicht lange verbergen liess. Während er einmal, wohl etwas übertrieben, als fast so gross wie die der Sozialdemokratie nahestehende Gewerkschaft geschätzt wurde, sind jetzt nur noch 4000 bis 5000 Mitglieder übriggeblieben.

Neuerdings versuchen die Kommunisten, aus den Verteidigungsverpflichtungen Luxemburgs politisches Kapital zu schlagen. Luxemburg, dessen langjähriger Aussenminister *Joseph Bech* zu den Diplomaten von europäischem Rang gehört, wurde Mitglied des Atlantikpaktes und auch von Eisenhower besucht. Damit gab es laut Parlamentsbeschluss seinen bisherigen Status («ewig neutral») auf.

Immer noch kann es die früher nur symbolische Armee im Mobilisierungsfall auf höchstens 10 000 Mann Infanterie bringen und ist ohne eigene Luftwaffe auf einen alliierten Schirm vital angewiesen. Um aber mindestens den guten Willen zu beweisen, erhöhte Luxemburg als erster Beneluxstaat die Dienstzeit von sechs Monaten auf ein Jahr. Parlamentarische Einmütigkeit mit Ausnahme der Kommunisten deckte diese Entscheidung. Dennoch ist sie in der breiteren Bevölkerung mit beträchtlichen Neutralitätstraditionen und teilweisen Ohnmachtsideen unbeliebt. Die Kommunisten sind überzeugt, dass ein Referendum die Erhöhung der Dienstzeit rückgängig machen würde, und propagieren es eifrig. Wahrscheinlich unterschätzen sie jedoch die abschreckende Wirkung bolschewistischer Weltmachtspolitik. Für Eingliederung in das belgische Koreakorps meldeten sich 100 Luxemburger freiwillig, während nur 50 gebraucht wurden.

Politik der Sozialdemokraten und Gewerkschaften

Von sozialdemokratischer Seite — das Prädikat loyale Opposition oder «Regierungspartei ausserhalb der Regierung» scheint mir berechtigt — stimmt man mit dem Kabinett in seiner praktischen Verteidigungspolitik überein, beanstandet aber die angeblich unzureichende öffentliche Aufklärung, die hinter Belgien und Frankreich mit Proklamationen der Ministerpräsidenten, Kriegsminister usw. weit zurückstünde. Luxemburgs Sozialdemokratie bekennt sich programmatisch weiter zum historischen Materialismus. Ihre Führer halten es aber für nicht notwendig, dass sich die marxistischen Philosophien und Wirtschaftstheorien gerade in dieser Generation vollkommen verwirklichen. So streben sie luxemburgische Realitäten an und wollen auch die vielen gläubigen Christen in ihren Reihen keinesfalls abschrecken. Gefordert wird «wirtschaftliche Demokratie», das heisst sehr hohe Besteuerung der Besitzenden und mitbestimmende Einschaltung der Arbeiterschaft. Trotz kirchlicher Opposition haben bereits viele Städte und Gemeinden eine sozialdemokratische Mehrheit oder eine Koalition, die von den Sozialdemokraten getragen wird. Taktisch geschickt, weil es die damals noch sehr «verantwortungsfreudigen» Kommunisten ausschaltete und kaltstellte, war die Begründung des sozialdemokratischen Rückzugs aus der Mehrparteienregierung. Man erklärte sich mit dem Eisenbahnminister auf Gedeih und Verderben solidarisch, der ausgebootet werden sollte, da er als ehemaliger Eisenbahner den um eine wichtige

Statutenänderung streikenden Kollegen von gestern zu offensichtliche Sympathien bewiesen hätte.

Der den Sozialdemokraten nahestehende Allgemeine Arbeitsbund wird von *Anton Krier*, dem Bruder Pierre Kriers, geführt. Als Dachorganisation umschliesst er unter anderem den Verband der Berg- und Metallarbeiter und den Landesverband der Eisenbahner. Kommunistische Misserfolge wirken sich selbstverständlich zu seinen Gunsten aus. So darf angenommen werden, dass der Arbeitsbund heute wieder 70 bis 80 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfasst.

Natürlich muss sich die Taktik der besonderen soziologischen Schichtung der luxemburgischen Industriearbeiterschaft anpassen, die das Gegenteil von entwurzeltem Proletariat ist und, wie schon bemerkt, bewusste bäuerliche und handwerkliche Bindungen hat. Man treibt vorsichtige Lohnpolitik. Einesteils soll übermässiger Geldumlauf und die damit verbundene Inflationsgefahr vermieden werden, anderseits die Kaufkraft der Löhne erhalten bleiben. Hier hat man es nun mit einem sehr einsichtigen Sozialpartner zu tun. Die luxemburgische Stahl- und Eisenindustrie erhöhte nach ihrem neuerlichen *Boom* alle Löhne um 5 Prozent, ohne erst eine gewerkschaftliche Forderung abzuwarten. Weltkonkurrenzfähigkeit wird nicht durch schlechte Bezahlung von Angestellten und Arbeitern erstrebt, sondern durch ständige Modernisierung und Rationalisierung. Bei einem intensiven Rundgang durch die «Arbed»-Betriebe konnte ich mich davon selbst überzeugen.

Preise und Löhne

In Luxemburg beträgt der Stundenlohn eines Industriearbeiters zuzüglich 5 Prozent lFr. 18.50. Er kann durch Akkordleistungen bis auf 24 lFr. steigen. Drahtwalzer verdienen 40 lFr. Während rentabler Jahre kommen sogenannte Produktionszulagen hinzu. Demgegenüber kostet das Kilogramm Brot 7 lFr., das Kilogramm Butter je nach Qualität zwischen 76 und 90 lFr., Rindfleisch zwischen 36 und 70 lFr. und Schweinefleisch 46 bis 52 lFr.

Aus diesen Vergleichsziffern ergibt sich, dass die Gewerkschaften keinen Grund haben, sich über schlechte Lohnverhältnisse zu beklagen. Durch das Sprachrohr der Arbeiterkammern üben sie einen nicht unbeträchtlichen Einfluss aus. Diese aus christlichen und freien Gewerkschaften zusammengesetzte Körperschaft unterbreitet Regierung und Parlament Vorschläge in Lohn- und Sozialfragen und prüft wiederum die Vorschläge der Regierung und des Parlamentes. Im ganzen hat sich daraus ein recht harmonisches Zusammenwirken ergeben. So kam es in der Eisen- und Stahlindustrie seit 1921 — mit Ausnahme der patriotischen Erhebung von 1942 — zu keinem Streik.

Arbeiterschulung

Grossen Wert legen Staat, Gewerkschaften und Industrieunternehmungen auf eine hochqualifizierte Arbeiterschaft. Daher existieren neben Bergbauschulen auch erstklassige Lehrlingsberufsschulen. Der Unterricht wird als Arbeitsstunden bezahlt. «Arbed» will im Institut Emil Metz durch psycho-physiologische Examen, für die Laboratorien, Werkstätten, Bibliotheken und ein technologisches Museum zur Verfügung stehen, die auch sportlich trainierten jungen Leute auf einen Platz stellen, der ihren Neigungen und Fähigkeiten am ehesten entspricht. Auch werden für besonders begabte Jugendliche aus Arbeiterfamilien Universitätsstipendien gestiftet (bis zu 8000 lFr.). Angestellte erhalten Hypotheken auf ihre Häuser, wenn sie Söhne oder Töchter studieren lassen wollen.

Die Sozialgesetze

Das grosse Sozialprogramm Pierre Kriers, das vor allem auch Urlaubsreformen vorsah — gegenwärtige Skala für Industriearbeiter und Angestellte: 8 Tage im ersten Jahr, 12 Tage nach drei und 18 Tage nach fünf Jahren — blieb unrealisiert liegen. Dennoch sind die luxemburgischen sozialen Verhältnisse und Einrichtungen gut, ja besser als in sehr vielen andern Ländern.

Auf Grund von Sozialgesetzen wurde 1901 die Krankenversicherung eingeführt. Heute gehören zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Krankenkassen an. 1911 folgte die Alters- und Invalidenversicherung. Schon 1914 übernahm Luxemburg das deutsche System der Altersversorgung. Auch die Arbeitslosenunterstützung, deren Nutzniesser gegenwärtig eben nur 14 Menschen sind, ist 1921 gesetzlich geregelt worden. Familien- und Geburtenzulagen war die letzte Reform des Jahres 1946.

Bedeutende freiwillige Sozialleistungen der Industrie [1]

Von den Industriekonzernen wird ein grosser Teil der sozialen Lasten getragen. Seit jeher verfolgten sie aber das Prinzip, einen übertriebenen Kapitalismus zu vermeiden und statt dessen die Lage der Arbeiterschaft erträglicher zu gestalten. Konsequenterweise wurden neben den sozialen Zwangsverpflichtungen freiwillige übernommen. «Arbed» — ich führe diese Firma so oft an, weil sie die älteste und grösste ist — wirft in schlechteren Jahren dafür gegen 40 Millionen, in besseren gegen 50 Millionen lFr. aus.

Aus der Kombination Zwangsverpflichtung und freiwillige Zulagen ergeben sich Alterspensionen von 2000 bis 2700 lFr., für Grubenarbeiter sogar bis zu 3500 lFr. monatlich. Schweizer Fachleute

---

[1] Behördliche und industrielle Sozialleistungen kommen auch den in Luxemburg arbeitenden Ausländern zugute.

erklären diese Versorgung für besser als selbst in ihrem sozial hochstehenden Land.

Werkärzte werden zur kostenlosen Behandlung angestellt und überwachen auch die hygienischen Betriebsverhältnisse. Ich besuchte die wirklich vorbildlichen Kleinkinderbewahranstalten, Kinderheime für gesunde und gesundheitsgefährdete Arbeiterjugend (viermal jährlich werden je 20 Jungen und Mädchen an die belgische Küste geschickt), war Gast der Waldschulen und Ferienkolonien und konnte feststellen, dass auch die Mütter- und Jungmädchenschulung dazu beiträgt, geschickte und hygienisch einwandfreie Hausfrauen heranzubilden.

Altersheime, Spitäler und Entbindungsanstalten unterhält die «Arbed» teils allein, teils zusammen mit Gemeinden oder dem Roten Kreuz. Begabte Jugendliche, die die Mittelschulprüfung bestanden haben, erhalten Stipendien von 2000 bis 4000 lFr. Fünf Arbeiterkantinen und drei Beamtenkasinos sorgen für eine ausserordentlich billige Verpflegung und sind so eingerichtet, dass sie gleichzeitig als Freizeitklubs dienen können. Eigene Gemüseplantagen ermöglichen preiswerte Abgabe an Familien von Angestellten und Arbeitern.

Wer eigene Bauinitiative hat, wird durch Prämien und Vergünstigungen auf verschiedenem Material ermutigt. Modernsten Ansprüchen genügen aber nur die planmässig angelegten Arbeiter- und Angestelltenkolonien der Firma. «Arbed» hat 1117 Arbeiterhäuser mit 1441 Wohnungen und 281 Beamtenhäuser geschaffen. Ein Einfamilienhaus kostet etwa 500 lFr. Miete, die normalerweise 1200 bis 1500 lFr. betragen würde. Endlich zahlt die Firma neben den staatlichen Kinderzuschüssen noch eigene: 2500 lFr. für die Mutter bei der Geburt, 5000 lFr. für das erste und 3000 lFr. für jedes weitere Kind.

Auch «Hadir» hält das Wohnbauprogramm für vordringlich und schuf 300 Arbeiterhäuser und 60 Beamtenwohnungen. Als Kuriosum aber mag es gelten, dass die S. A. Minière et Métallurgique de Rodange mit Ausnahme von Kirche, Friedhof und Schule das gesamte Dorf Lassauvage einschliesslich Wege und Strassen erbaute und der Belegschaft zur Verfügung stellte — wiederum zu fast symbolischen Mieten.

Man kann eine Betrachtung über das Stahlland Luxemburg nicht abschliessen, ohne den Plan des Beinahe-Luxemburgers Schuman zu erwähnen. (Er wurde in Luxemburg geboren und wohnte dort bis zu seinem 19. Lebensjahr.) Nicht nur die luxemburgische Industrie, vielmehr auch die Gewerkschaften stehen diesem Plan positiv gegenüber. Sie wollen sich nicht isolieren, wünschen keine wilde internationale Stahlkonkurrenz, sondern eine vernünftige Ordnung, die aber keinesfalls als Kartelltarnung missbraucht werden soll.

Alfred Joachim Fischer, London.